

Artikel vom 19.07.2019

CSU Ebersberg möchte Überplanung neu anstoßen

Amtsgerichtskreuzung verbessern



Die CSU-Ebersberg mit ihrem Ortsvorsitzenden Alexander Gressierer hat den Antrag gestellt, eine Überplanung der problematischen Amtsgerichtskreuzung neu anzustoßen.

Darin führt Gressierer aus, dass sowohl die aktuelle Verkehrsführung, als auch die letzte Befassung mit Verbesserungsmöglichkeiten an der Kreuzung nicht zufriedenstellend seien. Gefordert wird deshalb zunächst ein Ortstermin mit den betroffenen Behörden und darauf aufbauend die Entwicklung konkreter Lösungsansätze durch das Straßenbauamt Rosenheim, in dessen Zuständigkeit die Amtsgerichtskreuzung fällt.

„Weil es sich hier um eine Staatsstraße handelt, können wir leider nicht selbstständig tätig werden. Ein Beschluss im Stadtrat kann der Forderung zur Überplanung aber den notwendigen Nachdruck verleihen“, erläutert Gressierer die Intention des Antrags. „Die Tatsache, dass die Kreuzung gerade aufgrund ihrer Unübersichtlichkeit und dem daraus resultierenden besonders vorsichtigen keinen Unfallschwerpunkt darstellt, darf aus unserer Sicht nicht über den unbestreitbaren Bedarf zur Verbesserung hinwegtäuschen“, so Gressierer weiter

Die CSU wünscht sich, dass bei der Beratung der betroffenen Behörden auch unkonventionelle Ansätze verfolgt und mit den in der Vergangenheit stattgefundenen Überlegungen kombiniert werden. Bereits früher hatte die Stadt mehrfach einen Kreisverkehr vorgeschlagen.

